



INHALT MAI 2012

SEITE 1

BONN-BEUEL HAT SICH GEWEHRT

DGB organisiert breites Bündnis gegen Aufmarsch von Neonazis

ÜBERGRIFFE VERURTEILT

Erklärung des Kumpelvereins

NACH DEM WETTBEWERB IST VOR DEM WETTBEWERB

Winfried Kretschmann und Alexander Kirchner Schirmherrn 2012/2013

SEITE 2

RECHTE VORURTEILE REICHEN BIS IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT

SPD-Forum diskutierte Konsequenzen aus der Mordserie der Neonazis

RECHTSEXTREMISMUS IN BAYERN

Lesenswerte Broschüre des bayerischen DGB

UNGEBETENER BESUCH

Proteste gegen Pro NRW in Essen-Kray

SEITE 3

AM 1. MAI GEGEN RECHTS

Gewerkschaften fordern NPD-Verbot

GRUND ZUM FEIERN

NPD-Aufzug in Neumünster aufgelöst

SEITE 4

VIelfalt-MEDIATHEK

Über 1.500 Bildungsmaterialien / Neu: Postkartenserie

AUS DER PRAXIS FÜR DIE PRAXIS

Good-Practice-Datenbank seit Anfang des Jahres online

NEUE FÖRDERMITGLIEDER



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

BONN-BEUEL HAT SICH GEWEHRT

DGB organisiert breites Bündnis gegen Aufmarsch von Neonazis

Rund 200 Neonazis hatten sich am 1. Mai 2012 im Bonner Stadtteil Beuel zu einem Aufmarsch versammelt. Empfangen wurden sie von mehreren Tausend Gegendemonstranten. Kundgebungen, Mahnwachen, Gottesdienste oder einfach laute Karnevalsmusik am Weg der Rechten, um deren Parolen zu übertönen – die Menschen in Bonn-Beuel machten den Neonazis klar, dass sie unerwünscht sind. Außer einigen kleineren Zwischen-

ÜBERGRIFFE VERURTEILT

Erklärung des Kumpelvereins

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an! e. V.“ verurteilt die Angriffe von Angehörigen der islamischen Sekte der Salafisten auf Polizistinnen und Polizisten am 5. Mai 2012 in Bonn auf das Schärfste. Auch die unsägliche Provokation der rechtsextremen Partei Pro NRW rechtfertigt die Ausschreitungen, bei denen 29 Polizistinnen und Polizisten verletzt wurden, davon zwei schwer, in keiner Weise.

Gleichzeitig weist der Kumpelverein darauf hin, dass er weiterhin gemeinsam mit Vertretern von Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den in Deutschland vertretenen Religionsgemeinschaften aktiv gegen die islamfeindlichen Provokationen von Pro NRW vorgehen wird – so wie das zum Beispiel Ende April in Essen-Kray auf friedliche Weise erfolgreich praktiziert wurde.

Im übrigen erwartet der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an! e. V.“ von der Politik und der Justiz, die Volksverhetzung von Pro NRW zu unterbinden. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit stören nicht nur das friedliche Zusammenleben in Deutschland, sondern widersprechen zutiefst den demokratischen Grundfesten dieser Gesellschaft.

fällen verliefen die Proteste friedlich. Bereits im Vorfeld hatte sich praktisch die ganze Stadt gegen den Nazi-Aufmarsch gestellt. Die Liste der Unterzeichner des Aufrufs, sich gegen den Aufmarsch zu wehren, reicht vom Oberbürgermeister über alle demokratischen Parteien bis zu den Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen. Initiator war der ehrenamtliche Vorsitzende des DGB-Keisverbands Bonn/Rhein-Sieg, Ingo Degenhardt. Sein Fazit der Arbeit im Vorfeld: „Bonn ist unsere Stadt, Bonn ist eine bunte und internationale Stadt. Mit dem ‚Bündnis Bonn – Nazifrei‘ ist es uns gelungen, wichtige gesellschaftliche Gruppen zu bündeln. Damit ist ein überwältigender Erfolg in kürzester Zeit gelungen.“ Wörtlich hieß es im Aufruf: „Wir, die Unterstützerinnen und Unterstützer, wenden uns mit vielfältigen und friedlichen Aktionen gegen Rechtsradikalismus. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an den jeweiligen friedlichen Aktionen und Protes-

ten zu beteiligen und auch selbst mit kreativen Mitteln aktiv gegen Rechtsradikalismus zu werden. In Bonn gibt es keinen Platz für Naziaufmärsche, Geschichtsrevisionisten, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus.“ Wichtig war es – so Jörg Mährle von der DGB-Region Köln-Bonn –, dass sich alle in dem Aufruf wiederfinden. Unter diesem gemeinsamen Dach konnte dann jeder seiner Kreativität freien Lauf lassen, um friedlich gegen Rechts zu demonstrieren. Und dass der Seniorenarbeitskreis der katholischen Gemeinde andere Ideen hat als die Antifa dürfte wohl nahe liegen, meint Jörg Mährle.



Die Botschaft der Menschen in Bonn-Beuel ist eindeutig.

NACH DEM WETTBEWERB IST VOR DEM WETTBEWERB

Winfried Kretschmann und Alexander Kirchner Schirmherrn 2012/2013

Am 16. März 2012 wurden in Düsseldorf die Preise des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ verliehen (siehe aktiv + gleichberechtigt Ausgabe März 2012). Jetzt wirft der nächste Wettbewerb seine Schatten voraus. Für diesen, den inzwischen siebten Wettbewerb, haben der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/ Die Grünen) und der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Alexander Kirchner, die Schirmherrschaft übernommen.

Beim Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ sind Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in einer

Ausbildung befinden, aufgerufen, sich mit dem Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und ihre Beiträge einzureichen. Die Form kann frei gewählt werden. Beim letzten Wettbewerb waren eine Power-Point-Präsentation, Filme und eine Öffentlichkeitsaktion unter den Preisträgern. Es gab auch schon prämierte selbst komponierte und vorgetragene Musikstücke.

Über die genauen Teilnahmebedingungen für den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ informieren wir in der Juli/August-Ausgabe von „aktiv + gleichberechtigt“.

RECHTE VORURTEILE REICHEN BIS IN DIE MITTE DER GESELLSCHAFT

SPD diskutierte Konsequenzen aus der Mordserie des NSU

„Rechtsextremismus bekämpfen und Opfer schützen“ war das Thema einer Veranstaltung des SPD-Landesverbandsforums „Gegen Rechts“ am 12. April 2012 in Hannover. Den Hintergrund bildete die Suche nach den Konsequenzen aus der Mordserie der Zwickauer Terrorzelle. Die Leiterin des Forums, Sigrid Leuschner MdL, konnte über 150 Gäste begrüßen, darunter viele Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Einrichtungen sowie von Vereinen und Verbänden. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ war mit einem eigenen Informationsstand vertreten. Der SPD-Landesvorsitzende und Oberbürgermeister von Hannover, Stephan Weil, verwies in einem Grundsatzreferat darauf, dass rechte Vorurteile bis in die Mitte der Gesellschaft reichen: „Es sind nicht in erster Linie Kahlköpfe mit Springerstiefeln, die uns Sorgen machen lassen müssen“, man habe es oftmals vielmehr mit „zutiefst bürgerlichen Menschen zu tun“. Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus plädierte Weil für Prävention. Junge Menschen, die Isolation, Angst und Verunsicherung erlebten, seien besonders anfällig und suchten dann u. U. Geborgenheit in rechtsextremen Gruppen.

Daneben müsse es ebenso die Repression geben. Nur eine Mischung von beidem sei für ihn der richtige Ansatz. In diesem Zusammenhang forderte er ein NPD-Verbot. Völlig unvorstellbar sei es bislang für ihn gewesen, dass die Zwickauer Bande über Jahre hinweg in Deutschland unerkannt habe Morde begehen können. Besonders schlimm habe er zudem empfunden, dass sogar die Opfer selbst unter Verdacht geraten seien. In einer anschließenden Podiumsdiskussion berichtete Sebastian Edathy MdB aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Zwickauer Terrorzelle. Es handle sich um den ersten Ausschuss dieser Art, der mit Zustimmung aller Fraktionen eingerichtet worden sei. Edathy erklärte, schon jetzt stellten sich zahllose Fragen, z. B. danach, was dazu geführt habe, polizeiliche Sonderkommissionen tendenziös mit „Bosporus“ oder „Halbmond“ zu bezeichnen. Allein solche Bezeichnungen ließen Zweifel daran aufkommen, dass die polizeilichen Ermittlungen mit der nötigen Unvoreingenommenheit und Offenheit auch für die Möglichkeit eines rechtsextremen Hintergrundes geführt worden seien.

RECHTSEXTREMISMUS IN BAYERN

Lesenswerte Broschüre des bayerischen DGB



„Rechtsextremismus in Bayern – Befunde, Argumente, Gegenstrategien“ ist der Titel einer Broschüre, die vom DGB-Bezirk Bayern herausgegeben wurde. Die Broschüre beginnt mit einer äußerst kenntnisreichen Übersicht über die rechtsextreme Szene in Bayern. Diese bemüht sich einerseits um eine Art bürgerliches Auftreten und tritt andererseits mit einer militanten Radikalität auf. Das gilt gleichermaßen für die NPD wie für die „Kameradschaften“, die inzwischen zusammengeschlossen im „Freien Netz Süd“ die einflussreichste neonazistische Organisation darstellen. Beide versuchen über die Form von Bürgerinitiativen

wen lokalpolitische Aktivitäten zu entfalten und haben es so in die Stadträte von Nürnberg und München geschafft. Im zweiten Teil der Broschüre wird der Versuch der Rechten, soziale Themen zu instrumentalisieren, analysiert und zurechtgerückt. Und es werden Beispiele benannt, wie Stimmung gegen Gewerkschaften gemacht wird. „Volksfeindliche Gewerkschaftsbonzen“ ist da noch von der harmloseren Sorte. Der dritte Teil der Broschüre greift zunächst aus einer etwas theoretischen und historischen Sicht Fragen der sozialen Demagogie von Rechts auf und wirft einen Blick auf die Rolle von Thilo Sarrazin als „ein Scharnier zwischen rechtskonservativ und rechtsextrem“. Schließlich verweisen die Autoren auf Untersuchungen, denen zufolge rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern ebenso häufig sind wie unter Unorganisierten. Sie benennen mögliche Gründe und Ursachen und diskutieren, wo Gewerkschaften ansetzen müssen. „Rechtsextremismus in Bayern – Befunde, Argumente, Gegenstrategien“ kann auf der Internetseite des DGB-Bezirks Bayern heruntergeladen werden: www.bayern.dgb.de

UNGE BETENER BESUCH

Proteste gegen Pro NRW in Essen-Kray



Ungebetenen Besuch bekam der Essener Stadtteil Kray am 28. April 2012. Die rassistische Partei Pro NRW startete an diesem Tag ihren Wahlkampf in der Nähe der Yavuz Sultan Selim Moschee. Rund 50 Anhänger von Pro NRW hatten

sich eingefunden und wurden von rund 400 Demonstranten gebührend empfangen. Aufgerufen hatte das Bündnis „Essen-Kray stellt sich quer“, das von Politikern, Gewerkschaften, Kirchen und Migrantenorganisationen unterstützt wird. Mit islamfeindlichen Karikaturen wollte Pro NRW die Stimmung anheizen. Michael Zühlke vom DGB warf in seiner kurzen Rede die Frage auf, ob den Neonazis nicht zu viel Aufmerksamkeit geschenkt werde. Seine Antwort: „Wir müssen denen Aufmerksamkeit schenken. Wir müssen sie beobachten. Wir müssen den Finger darauf halten. Denn in dem Moment, wo wir nicht hinsehen, dann werden diese Menschen zu Raubtieren und schlagen zu.“ Der Bezirksbürgermeister Arnold Kraemer erinnerte an die Morde der Zwickauer Nazi-Zelle und erklärte: „Wir werden uns nicht auf die so

genannte Bekämpfung des Rechtsextremismus von Seiten staatlicher Organe verlassen, die es nicht schaffen, rechten Umtrieben einen Riegel vorzuschieben. Wir werden auch weiterhin alles dafür tun, um die Nazis an die Öffentlichkeit zu zerren.“

Parallel zum Protest gegen die rassistische Pro NRW fand in der Moschee in Essen-Kray eine interkonfessionelle Begegnung statt. Daran nahmen der Imam, evangelische und katholische Geistliche sowie der Leiter der jüdischen Synagoge teil.



Auch im niederrheinischen Moers wehrten sich die Bürgerinnen und Bürger gegen einen Aufmarsch von Pro NRW

AM 1. MAI GEGEN RECHTS

Gewerkschaften fordern NPD-Verbot



1. Mai in Duisburg. Kolleginnen und Kollegen von ThyssenKrupp.

Rund 420.000 Menschen beteiligten sich am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, bundesweit an den Kundgebungen des DGB, die unter dem Motto „Gute Arbeit in Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit“ standen. Viele der Rednerinnen und Redner setzten sich auch mit der Frage Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinander.

In Stuttgart erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer:

„Etwa 50 Kilometer von hier entfernt wurde am 25. April 2007, also vor fast genau fünf Jahren, die Polizistin Michèle Kiesewetter ermordet. Sie wurde erschossen von einer Nazi-Mörderbande, wie acht andere Menschen zuvor. Und wir wissen alle nicht, ob es nicht noch mehr Nazis im Untergrund gibt, die gemordet haben oder weiter morden.“

Und selbst wenn sie nicht morden, versuchen sie Angst und Schrecken zu verbreiten. Sie tun harmlos auf Volksfesten, führen sich auf wie harmlose Bürger und

kaschieren so, was sie in Wahrheit sind: Menschenverachtende Ausländerhasser, verbohrt Feinde unserer Demokratie, Rassisten, Antisemiten, die nichts begriffen haben.

Diesen braunen Sumpf müssen wir austrocknen. Wir werden denen die Stirn bieten, wo immer sie es wagen, ihr Gift zu verspritzen. Mörder und Menschenverächter müssen bestraft werden.

Wir suchen mit denen auch keine geistige Auseinandersetzung. Ewig Gestrige kann man nicht bekehren, die muss man bekämpfen. Bei Menschenverachtung gibt es auch keine Toleranz. Und eine Demokratie, die sich ernst nimmt, bekämpft ihre Feinde, statt sie direkt oder indirekt zu finanzieren. Deshalb fordern wir das Verbot der NPD und aller ihrer Tarn- und Nachfolgeorganisationen. Deswegen wollen wir, dass energisch gegen alte und neue Nazis vorgegangen wird, statt die jungen Leute zu gängeln und jenen Initiativen das Leben schwer

zu machen, die gegen die Nazis kämpfen.“

In Hamburg griff der 1. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, das Thema auf:

„Da eines der Opfer der Nazi-Zelle Hamburger war, muss hier klargestellt werden: Zwei Untersuchungsausschüsse reichen nicht aus. Die NPD muss endlich verboten werden. Und: Die Zivilgesellschaft muss den Nazis couragiert entgentreten.“

Der stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, Ulrich Freese, erklärte in seiner Mai-Rede im westfälischen Lünen:

„Rechtsextreme Gewalt in ganz Europa, ob in Deutschland, in Schweden oder Frankreich, mahnt uns das freiheitliche und vielfältige Zusammenleben noch stärker zu verteidigen. Wir müssen Flagge zeigen gegen Naziterror. Es gilt, den Ideen und Taten der Rechtsextremisten unsere Werte entgegenzusetzen.“

Die Politik ist aufgefordert, angesichts der Eurokrise die Ängste

der Menschen ernst zu nehmen und soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Integration muss gefördert und die gesellschaftliche Teilhabe verbessert werden.

Wir fordern endlich ein NPD-Verbot und ein geschlossenes Vorgehen gegen die Nazipropaganda an allen Verbreitungsorten. Gegen Rechtsradikalismus müssen alle Gewerkschaften zusammenstehen und gemeinsam vorgehen. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Sie bekämpft die Grundwerte einer offenen, demokratischen und freien Gesellschaft. Deshalb hat diese Partei in den Parlamenten nichts zu suchen.

Unser Maßstab sind die Menschenrechte. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir sortieren nicht nach Geburtsort, Hautfarbe, religiöser oder politischer Überzeugung.

Deshalb heißt unser Slogan als Gewerkschaft ‚Mach meinen Kumpel nicht an‘. Für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.“



1. Mai in Bielefeld

GRUND ZUM FEIERN

NPD-Aufzug in Neumünster aufgelöst

Den Menschen in Neumünster blieb der geplante Aufmarsch der NPD am 1. Mai (siehe „aktiv – gleichberechtigt“ April) erspart. Die angereisten Neonazis waren nicht wie geplant am Hauptbahnhof ausgestiegen, sondern eine Station vorher. Von da aus versuchten sie über eine nicht angemeldete Route zum eigentli-

chen Treffpunkt zu gelangen. Als sie Transparente entrollten erteilte die Polizei Platzverweise. Die Neonazis ignorierten das und wollten weiterziehen. Daraufhin wurde zuerst der als Redner angekündigte NPD-Chef aus Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, von zwei Polizisten an den Armen gepackt und unter dem Bei-

fall von Demonstranten gegen den Aufmarsch in einen Bus für Gefangenentransporte gebracht. Danach wurden die knapp 100 anderen Neonazis in Gewahrsam genommen. Nach Feststellung der Personalien wurden sie wieder entlassen. Die Kundgebung fiel aus.

Die 2.000 Demonstranten gegen

den Aufmarsch konnten in der Innenstadt ein buntes Bürgerfest mit Musik, Kleinkunst und zahlreichen Infoständen feiern. Angesichts der anstehenden Landtagswahl waren auch zahlreiche Spitzenpolitiker aus Schleswig-Holstein und dem Bund nach Neumünster gekommen.

VIELFALT- MEDIATHEK

**1.500 Bildungsmaterialien /
Neu: Postkartenserie**

Seit 2006 besteht die Vielfalt-Mediathek, die gemeinsam vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung (IDA e.V.) und dem DGB Bildungswerk betrieben wird. Und seither wird das Angebot kontinuierlich erweitert und umfasst mittlerweile über 1.500 Bildungsmaterialien, die kostenlos zum Verleih oder Download zur Verfügung stehen – eine umfassende Sammlung der Ergebnisse aus Projekten der verschiedenen Programme der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Unter www.vielfalt-mediathek.de können Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Jugendverbänden, Lehrkräfte, Eltern, Jugendliche, Verantwortliche in Betrieben,

Politik oder Verwaltung Materialien herunterladen. Eine Suchfunktion nach Projekten, Mediengattung, Zielgruppe oder nach Schlagworten ermöglicht eine gezielte Recherche. Zudem wird regelmäßig auf ausgewählte Neuerscheinungen hingewiesen. Unter anderem sind das Bildungsmaterialien zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, zur lokalen NS-Geschichte oder interkulturellem Lernen.

Neu herausgegeben wurde jetzt eine Postkartenserie. Wer die Vielfalt-Mediathek unterstützen möchte, kann dies tun, indem er oder sie die Postkartenserie verteilt und auslegt: im Jugendzentrum, auf Veranstaltungen, in Betrieben, bei Stadtteilstellen etc. Wer Interesse an der Serie hat, kann sich melden unter: mediathek@idaev.de

Aktuell wird die Vielfalt-Mediathek im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS – Integration und Vielfalt“ gefördert.

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch die Kolleginnen **Christine Behle** und **Stefanie Nutzenberger**, beide Mitglied des ver.di Bundesvorstandes. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung. Nachfolgend die Namen:

1. Klaus Beck, DGB, Vorstandsekretär beim Bundesvorstand, Berlin
2. Christine Behle, ver.di, Bundesvorstandsmitglied, Berlin
3. Johann Haller, Mitglied im Rat der Stadt Bockenem, Bockenem
4. IG BCE Bezirk Hamm
5. Matthias Littau, IG Metall, Vertrauensmann VW, Wolfsburg
6. Andreas Meyer-Lauber, GEW, Vorsitzender des DGB NRW, Düsseldorf
7. Stefanie Nutzenberger, ver.di, Bundesvorstandsmitglied, Berlin
8. Christian Schick, NGG, Gewerkschaftssekretär Region Mittelbaden-Nord-schwarzwald, Kehl
9. Horst Seel, IG BCE, Ressortleiter beim Hauptvorstand, Hannover
10. Katja Steinhilf, IG BCE, Vertrauensfrau Fa. Honeywell Bremsbelag, Glinde

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36€ im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

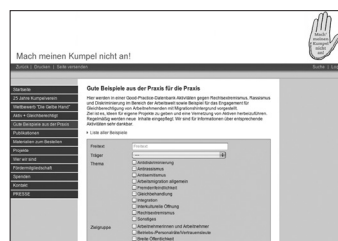
Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorstandsvorsitzender

AUS DER PRAXIS FÜR DIE PRAXIS

Good-Practice-Datenbank seit Anfang des Jahres online



Seit Anfang 2012 bietet der Kumpelverein eine neue Datenbank „Gute Beispiele aus der Praxis für die Praxis“ an. Die Datenbank ist eine sehr gute Arbeitshilfe insbesondere für ehrenamtliche und hauptamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Betriebsrätinnen und -räte, Vertrauensleute, Jugend- und Auszubildendenvertretung, Berufsschulen und Betriebe, die zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus aktiv beitragen möchten.

Die Datenbank dokumentiert vorbildliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für Gleichbehandlung in der Arbeitswelt und regt zur Nachahmung an. Die einzelnen Beiträge beschreiben die Ziele und Hintergründe von Aktionen sowie deren thematische Schwerpunkte und Ablauf. Sie informieren über Träger und Zielgruppen. Die Recherche erleichtert eine differenzierte Suchmaske, die eine gezielte Suche entsprechend den eigenen Interessen ermöglicht. Die Interessierten haben folgende Suchoptionen zur Auswahl:

- **Träger:** DGB; IG BAU, IG BCE, EVG, GdP, GEW, IG Metall, Gewerkschaft NGG, ver.di, gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen, gewerkschaftsnahe Einrichtungen, Betriebsräte/Personalräte/JAV, Betriebe/Verwaltungen;

- **Themen:** Antidiskriminierung, Antirassismus, Antisemitismus, Arbeitsmigration allgemein, Fremdenfeindlichkeit, Gleichbehandlung, Integration, Interkulturelle Öffnung, Rechtsextremismus;

- **Zielgruppen:** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebs-/Perso-

nalaräte/Vertrauensleute, breite Öffentlichkeit, Jugendliche/Auszubildende/SchülerInnen, LehrerInnen/MultiplikatorInnen, Unternehmen/Verwaltungen, Vereine/NGO;

- **Arten des Projekts:** Aktivitäten im Betrieb, Beratungsangebote, Bildungsarbeit, Konferenzen/Tagungen, Netzwerke und Kooperationen, Projekt- und Gedenktage / Ausstellungen, Präsenz auf Straßen und Plätzen u.a. Demonstrationen, Veröffentlichungen und Materialien, Webseiten, Wettbewerbe;

- **Reichweite:** bundesweit, grenzüberschreitend, landesweit, lokal, regional.

Die Good-Practice-Datenbank findet sich auf der Webseite:

www.gelbehand.de/praxisbeispiele

IMPRESSUM:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk
Volker Roßbocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
[www.twitter.com/gelbehand](https://twitter.com/gelbehand)
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900